

Handelszeitung-Interview mit S. D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein

Auflage 31. Januar – 6. Februar 2007 | Handelszeitung Nr. 5

Mit S. D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein

Sprach Martin Spieler

Welche Rolle sehen Sie für das Fürstentum Liechtenstein in einer globalisierten Welt?

Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein: Ich halte das Fürstentum Liechtenstein für ein Staatsmodell, das in einer globalisierten Welt sowohl wirtschaftlich als auch politisch erfolgreich ist. In den vergangenen 60 Jahren ist es gelungen, diesen kleinen armen Agrarstaat, der froh war, Gastarbeiter in die Schweiz zu exportieren, in einen Staat zu verwandeln, der es sich wirtschaftlich leisten kann, Gastarbeiter aus der Schweiz zu importieren.

Sie sind daran, ein Buch mit dem Titel «Der Staat im dritten Jahrtausend» zu verfassen. Soll Liechtenstein Modell für andere Staaten werden?

Fürst Hans Adam: Unser Ziel ist es, das Fürstentum Liechtenstein in ein Dienstleistungsunternehmen zu verwandeln, das den Menschen dient, die bei uns wohnen. Auch im 3. Jahrtausend braucht es den Staat noch, aber er muss sich grundlegend verändern.

Sie fordern, der Staat solle dem Bürger dienen und nicht umgekehrt: Was bedeutet dies konkret?

Fürst Hans-Adam: Der Staat sollte seine Bürger wie ein Unternehmen als Kunden behandeln. Damit dies funktioniert, braucht es auch beim Staat Konkurrenz. Deshalb stehen wir für ein Selbstbestimmungsrecht auf Gemeindeebene ein, um das Monopol des Staates über sein Territorium zu beenden. Wenn die Stimmbürger die Möglichkeit haben, als ganze Gemeinden auszuwandern, um entweder unabhängig zu werden oder

sich einem anderen Staat anzuschliessen, zwingt dies den Staat, seine Dienstleistungen zu optimieren und zu einem vernünftigen Preis anzubieten. Wie die Unternehmen muss sich der Staat auf seine Stärken fokussieren. Der Staat sollte sich nur noch auf die Aussenpolitik und die Aufrechterhaltung des Rechtsstaates konzentrieren und sich aus Bereichen, welche die Privatwirtschaft besser macht, fernhalten.

In der Realität sehen wir aber eine gegenteilige Tendenz: Der Staat macht sich in den meisten europäischen Ländern – auch in der Schweiz – immer mehr breit.

Fürst Hans-Adam: Wir gehen in eine falsche Richtung. Ein Ausbau des staatlichen Einflusses hat in einer globalisierten Welt nichts mehr zu suchen. Dennoch haben in fast allen Staaten nationalistische und sozialistische Konzepte überlebt. Wir sollten uns von nationalistischem und sozialistischem Gedankengut möglichst verabschieden und den Bürgern mehr Verantwortung übertragen. Wir brauchen nicht mehr, sondern deutlich weniger Staat. Wir müssen den Willen zur privaten Solidarität sowie die Familien als Fundament der Gesellschaft stärken.

Die Familie als Fundament der Gesellschaft scheint aber an Bedeutung zu verlieren, zumal es immer weniger Kinder gibt.

Fürst Hans-Adam: Diese Entwicklung ist ein Ergebnis unseres Sozialstaates. Es lohnt sich für viele nicht mehr, Kinder zu kriegen. Früher war es wichtig in einem Familienverband aufzuwachsen, der einem im Alter getragen hat. Weil der Staat sich selbst im Privaten immer mehr ausbreitet, ist dieser Familienverband, zu dem auch die unverheirateten Onkel und Tanten gehört haben, auseinandergefallen. Für viele sind Kinder in unserer Freizeitgesellschaft nur noch eine Belastung. Doch das wird sich ändern, wenn wir den Sozialstaat nicht mehr finanzieren können und dieser zusammenbricht.

Hat der Sozialstaat in der globalisierten Welt ausgedient?

Fürst Hans-Adam: Ja. Wir müssen uns von der riesigen Sozialbürokratie abwenden. Der Sozialstaat schwächt die Privatinitiative. Zu viele Aufgaben wurden an den Staat delegiert und sind nicht mehr finanzierbar. Es braucht Hilfe für die Armen, aber diese sollte in den kleinen überschaubaren Einheiten erfolgen. In einer Gemeinde kann man

eher Sozialmissbrauch ausschliessen und beurteilen, wer wirklich Unterstützung braucht.

Wie autonom sind denn die elf Gemeinden im Fürstentum Liechtenstein tatsächlich?

Fürst Hans-Adam: Wir haben in der Verfassung gegenüber erheblichen Widerständen bei einer Reihe von Politikern in einer Volksabstimmung mit grosser Mehrheit eine hohe Gemeindeautonomie durchgebracht. Jede Gemeinde kann mittels Mehrheitsbeschluss aus dem Fürstentum austreten. Wir wollen im Fürstenhaus keine Diktatur der Mehrheit.

Auf der anderen Seite sind Sie mit dem Vorwurf konfrontiert, dass Sie im Fürstentum zu wenig Demokratie erlauben.

Fürst Hans-Adam: Dieser Vorwurf ist nicht berechtigt. Die von uns vorgeschlagenen Verfassungsänderungen haben gegenüber der alten Verfassung die Demokratie stark ausgebaut. Der Fürst bzw. jetzt der Erbprinz üben ihr Amt seither nur solange aus, solange eine Mehrheit der Bevölkerung das wünscht. Dafür braucht es keine Revolution, sondern nur eine Volksabstimmung. Man kann sich in Anstand trennen.

Stufen Sie die Intervention des Europarates in der Verfassungsfrage als Einschränkung der souveränen Handlungsfreiheit ein?

Fürst Hans-Adam: Verschiedene Institutionen des Europarates haben ihre Meinung geäussert, aber das liechtensteinische Volk hat anders entschieden. Der Europarat war gezwungen, diese Entscheidung zu akzeptieren, denn sonst hätte er die Grundprinzipien des demokratischen Rechtsstaates in Frage gestellt. Damit hätte dann der Europarat seine eigene Glaubwürdigkeit zerstört und weiter an Bedeutung verloren.

Wo sehen Sie die grösste Herausforderung für Liechtenstein?

Fürst Hans-Adam: In einem wirtschaftlich integrierten Europa, das sich immer stärker politisch integriert, ist die grösste Herausforderung, das Selbstbestimmungsrecht der liechtensteinischen Bevölkerung zu bewahren.

Ist für Sie ein EU-Beitritt von Liechtenstein denkbar?

Fürst Hans-Adam: Nein. Über den EWR geniessen wir alle wirtschaftlichen Vorteile der EU, ohne deren politischen Nachteile. Eine EU-Mitgliedschaft würde das

Selbstbestimmungsrecht des liechtensteinischen Volkes nicht nur einschränken, sondern in Frage stellen. So kennt zum Beispiel die EU kein Austrittsrecht.

Erwarten Sie erneuten Druck der EU auf Liechtenstein?

Fürst Hans-Adam: Dass europäische Staaten mit hohen Steuern seit Jahrzehnten über die niedrigen Steuern in Liechtenstein unglücklich sind, damit können wir leben. Die Steuerwüsten in der EU müssen sich mit der Tatsache abfinden, dass in den letzten Jahren auch in der EU Steueroasen entstanden sind und darüber sind wir in Liechtenstein sehr glücklich. Damit reduziert sich der Druck der EU auf Liechtenstein.

Ist eine Lockerung des Bankgeheimnisses denkbar, um dem Druck der EU zu begegnen?

Fürst Hans-Adam: Nein, wobei es in Liechtenstein kein absolutes Bankgeheimnis gibt. Wir leisten Rechtshilfe bei Straftatbeständen, die auch bei uns zu einer Aufhebung des Bankgeheimnisses führen. Das Bankgeheimnis hat nicht nur für Liechtenstein einen Stellenwert, sondern für jeden Bürger, der darauf Wert legt, dass seine Privatsphäre respektiert wird. Ich kann die Flüchtlinge aus den Steuerwüsten verstehen, denn im Grunde genommen sind sie politische Flüchtlinge, die ihre Privatsphäre schützen wollen.

Der Finanzplatz Liechtenstein profitiert von hohen Steuern in der EU: Wie wollen Sie das Land steuerlich noch attraktiver machen?

Fürst Hans-Adam: Unser Steuerrecht hat sich zwar in der Vergangenheit sehr bewährt, aber es ist in vielen Bereichen veraltet und stösst in einer globalisierten Wirtschaft, je länger desto mehr, an seine Grenzen. Deshalb arbeiten wir an einer Reform des Steuerrechtes. Den blühenden Finanzplatz womöglich auf Kosten anderer Wirtschaftszweige aber besonders zu fördern wäre ein Unsinn.

Sind Sie generell gegen Standortförderung?

Fürst Hans-Adam: Ich bin ein Gegner von staatlicher Standort- und Innovationsförderung, weil man faktisch von den guten Unternehmen oder Personen, die bewiesen haben, dass sie wirtschaftlich erfolgreich sind, das Geld wegnimmt, um es Politikern und Bürokraten zu geben, die in der Regel nicht in der Lage sind, zu beurteilen, ob das von ihnen geförderte Unternehmen erfolgreich sein wird. Dahinter

steckt eine tiefe Staatsgläubigkeit. In den vergangenen hundert Jahren wurde der Glaube an die Religion immer mehr durch den Glauben an den Staat verdrängt, der das Paradies auf Erden schaffen soll.

Innerhalb von nur zwei Generationen hat sich Liechtenstein vom Agrarland zum Finanz- und Industriestandort entwickelt. Welche weitere Entwicklung streben Sie an?

Fürst Hans-Adam: Staat und Staatsoberhaupt sollen sich darauf beschränken, optimale Rahmenbedingungen zu bieten, zu möglichst niedrigen Kosten. Dazu gehören niedrige Steuern, ein gut funktionierender Rechtsstaat und eine möglichst gute Ausbildung der Bevölkerung.

Wie wichtig ist für Liechtenstein heute noch die wirtschaftliche und politische Anbindung an die Schweiz?

Fürst Hans-Adam: Auch wenn nur noch 10% unserer Industrieexporte in die Schweiz gehen, ist für uns die Schweiz sowohl wirtschaftlich als auch politisch der wichtigste Partner. Mit unserer liberalen Wirtschaftsordnung, der direkten Demokratie und der hohen Gemeindeautonomie sind wir der Schweiz wirtschaftlich und politisch näher als den übrigen europäischen Staaten.

Vor rund zwei Jahren haben Sie die operative Staatsführung an Ihren Sohn, Erbprinz Alois, übertragen: Werden Sie weitere Aufgaben an Ihren Sohn abtreten?

Fürst Hans-Adam: Bei den Staatsgeschäften bin ich nur noch Berater meines Sohnes. Ich kümmere mich aber wieder intensiver um die Verwaltung des Fürstlichen Vermögens. Im Grunde genommen bin ich heute ein Unternehmer: Ich muss das Geld verdienen, damit wir uns die Monarchie leisten können. Im Unterschied zu den anderen europäischen Monarchien muss unser Fürstenhaus die Kosten der Monarchie selbst tragen und darüber hinaus wird noch erwartet, dass man für diesen oder jenen guten Zweck spendet. Diese finanzielle Unabhängigkeit gibt dem Fürstenhaus die notwendige politische Unabhängigkeit, um eine Politik zu verfolgen, die langfristig zum Wohle des Volkes und des Staates ist.